Beilage 3.1
zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 29.10.2026

Sachverhalt

Herausforderungen und soziale Infrastrukturbedarfe in den sozial angespannten Wohnquartieren Fugger-/ Zweig-/ Kollwitzstraße in Sündersbühl und Wörnitzstraße in Röthenbach West

hier: Zwischenbericht zur Entwicklung in beiden Wohnquartieren

Präambel

Mit Beschluss vom 25.09.2025 hat der Jugendhilfeausschuss die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in den Wohnquartieren Fugger-/Zweig-/Kollwitzstraße in Sündersbühl und Wörnitzstraße in Röthenbach West unterstützt und die Verwaltung mit der Anmeldung der hierfür erforderlichen Haushaltsmittel sowie der Umsetzung entsprechender Maßnahmen beauftragt. Zugleich wurde vereinbart, den Jugendhilfeausschuss jährlich über die Entwicklung in beiden Quartieren und den Stand der Umsetzung zu informieren.

Der vorliegende Sachbericht kommt diesem Berichtsauftrag nach. Nach einer kurzen Einordnung der Ausgangslage (siehe Punkt 1) stehen der bisherige Umsetzungsstand und die weiteren Handlungserfordernisse im Mittelpunkt (siehe Punkt 2 und 3).

Dabei zeigt sich: Erste Strukturen und Maßnahmen konnten trotz der schwierigen Haushaltslage aufgebaut werden. Für eine nachhaltige Stabilisierung der Quartiere sind jedoch weitere Schritte und Ressourcen erforderlich.

1. Soziale Herausforderungen und Handlungsbedarfe in den Quartieren

Die beiden Wohnquartiere reihen sich ein in weitere Neubauprojekte, die in Nürnberg in den vergangenen Jahren realisiert wurden bzw. entstehen und einen hohen Anteil an einkommensorientiert geförderten Wohnungen (EOF) aufweisen. Dies ist grundsätzlich eine positive Entwicklung, da der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum insbesondere für Familien mit niedrigen Einkommen hoch ist. Für Quartiere mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an gefördertem Wohnbestand ergeben sich aber auch soziale Herausforderungen, insb. dann, wenn diese Wohnanlagen in bereits hoch verdichteten und sozial angespannten Stadtteilen entstehen.

In der Wohnanlage Fugger-/ Zweig-/ Kollwitzstraße leben rund 800 Menschen, davon über 50 Prozent Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. In der Wörnitzstraße sind es etwa 450 Menschen mit ähnlicher Altersstruktur. Beide Wohnquartiere sind geprägt von Armut (zwei Drittel der Bewohnerschaft betroffen), kultureller Diversität (viele Familien mit Flucht- oder Migrationsgeschichte) und Bildungsungleichheit. Soziale Konflikte wie Familienstreitigkeiten und Sachbeschädigungen sowie ein geringes Sicherheitsgefühl verschärfen die Lage. Spannungen mit der umliegenden Bevölkerung werden durch die hohe Dichte an sozial benachteiligten Haushalten und fehlender sozialer Durchmischung verstärkt. Das Umfeld der Quartiere ist zusätzlich belastet, u. a. durch eine Obdachlosenwohnanlage und zwei AnkER-Dependancen für Geflüchtete in der Nähe der Fuggerstraße.

Die beschriebenen Rahmenbedingungen sind als Ausdruck einer räumlichen Konzentration sozialer Herausforderungen zu verstehen – nicht als pauschale Bewertung der Quartiere oder ihrer Bewohnerschaft. Gerade diese Konzentration begründet besondere Anforderungen an die soziale Infrastruktur. Werden diese nicht ausreichend aufgefangen, besteht die Gefahr, dass sich bestehende Benachteiligungen verfestigen und soziale Spannungen weiter zunehmen.

Im Jugendhilfeausschuss vom 25.09.2025 wurde dargestellt, welche Maßnahmen aus Sicht der Verwaltung erforderlich sind, um die Situation vor Ort zu stabilisieren und positive Entwicklungen zu ermöglichen. Viele dieser Maßnahmen haben einen präventiven Charakter und setzen frühzeitig an – in den Diensten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ebenso wie direkt im Quartier und in der Nachbarschaft. Im Folgenden wird dargestellt, was bereits umgesetzt bzw. angestoßen werden konnte und wo weiterhin Handlungsbedarf besteht.

2. Maßnahmen zur sozial nachhaltigen Quartiersentwicklung und deren Umsetzung

Um den Herausforderungen wirksam zu begegnen, braucht es ineinandergreifende Maßnahmen, die sowohl die strukturellen Ursachen als auch die individuellen Bedarfe der Bewohnerschaft berücksichtigen. In Seismografentreffen, Stadtteilarbeitskreisen und weiteren Abstimmungsrunden haben die beteiligten Stadtteilinstitutionen (Kitas, Schulen, soziale Dienste und Einrichtungen) sowie Ämter (u. a. J, SHA, KuF, OA BgA/KoMit und BgA/SE) drei zentrale Ansatzpunkte herausgearbeitet.

a) Soziale Regelangebote und Dienste

Die bestehende soziale Infrastruktur in den umliegenden Stadtteilen kann die gestiegenen Bedarfe in den Familien nicht vollständig auffangen. Konkrete Lücken in sozialen Diensten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe bestehen insbesondere in folgenden Bereichen:

- In der ***Kindertagesbetreuung*** fehlt es neben ausreichenden Betreuungsplätzen in Röthenbach insbesondere an Angeboten zur individuellen Unterstützung von Kindern mit besonderem Förderbedarf, an Familienarbeit – insbesondere für Familien mit Zuwanderungs- bzw. Fluchterfahrung – sowie an der Begleitung des Übergangs vom Kindergarten in die Schule.
- An den betroffenen ***Schulen*** fallen fehlende Sprachkenntnisse und mangelnde Schulreife auf. Zudem fehlen Ressourcen für sozialpädagogische Gruppenangebote, um Konflikte zu reduzieren und das Schulklima zu verbessern.
- Die ***Kinder- und Jugendarbeit*** ist überlastet: Die bestehenden Einrichtungen können den Bedarf an aufsuchender und mobiler Jugendarbeit nicht decken; niedrigschwellige Angebote direkt in den Quartieren fehlen.
- Die ***Erziehungs- und Familienberatung*** sowie die ***Frühen Hilfen*** verzeichnen eine steigende Nachfrage. Die vorhandenen Ressourcen reichen jedoch nicht aus, um Wartezeiten zu vermeiden. Es fehlen insbesondere aufsuchende Angebote, die Familien direkt vor Ort erreichen.
- Auch der **Allgemeine Sozialdienst (ASD)** ist durch das deutlich gestiegene Fallaufkommen infolge des Neubezugs beider Wohnquartiere belastet und kann den präventiven Auftrag gemäß § 16 SGB VIII nicht im erforderlichen Umfang wahrnehmen.

Um auf diese Entwicklungen besser reagieren und bestehende Überlastungen in den Regeldiensten abbauen zu können, wurde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.09.2025 ein entsprechendes Maßnahmepaket beschlossen.

Erste Maßnahmen konnten inzwischen umgesetzt bzw. angestoßen werden. Dazu zählen:

- Eine Eltern-Kind-Gruppe in Röthenbach, die seit November 2025 über das Projekt „Kita-Einstieg“ in den Räumlichkeiten des Hortes der Nikodemus-Gemeinde in der Stuttgarter Straße angeboten wird.
- Start der Ausbildung weiterer Elternbegleiterinnen für die städtischen Kitas in der Fuggerstraße und Ossietzkystraße.
- Start mobiler Sprechstunden der Frühen Hilfen, die seit August 2026 in beiden Quartieren durch den Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) angeboten werden.
- Vorbereitung gruppenpädagogischer Angebote zur Unterstützung der Jugendsozialarbeit an Schulen an der Carl-von-Ossietzky-Schule (Grund- und Mittelschule), der Birkenwald-Grundschule und der Robert-Bosch-Mittelschule, welche noch dieses Jahr angeboten werden sollen.

- Besetzung einer von zwei geplanten Stellen im Allgemeinen Sozialdienst zur Stärkung der Präventionsarbeit gemäß § 16 SGB VIII in beiden Wohnquartieren.

Eine detaillierte Übersicht zu den einzelnen Maßnahmen, dem aktuellen Umsetzungsstand und den weiteren Planungen ist dem Tabellenanhang zum Sachbericht (siehe Beilage 3.2) zu entnehmen.

Weiterhin wurde Handlungsbedarf bei migrationsspezifischen Beratungsangeboten sowie beim Sozialpädagogischen Fachdienst des Sozialamts festgestellt und erste Schritte eingeleitet:

- Trotz des hohen Bedarfs an migrationsspezifischen Beratungsangeboten gab es bislang keine dezentralen Angebote in den Quartieren. Die bestehenden Beratungsstellen liegen meist in der Innenstadt und sind für die Zielgruppe nach Einschätzung der örtlichen Akteure schwer erreichbar oder nicht ausreichend bekannt. Um diesem Bedarf zu begegnen, wurde im Rahmen eines Pilotprojekts gemeinsam mit dem AWO Kreisverband Nürnberg e. V. und dem Caritasverband Nürnberg e. V. im Februar 2026 die „Integrations- und Sozialberatung Röthenbach“ im Kulturladen Röthenbach eingerichtet. Das Angebot verbindet dezentrale Beratung mit aufsuchender Arbeit und Gruppenangeboten und ist zunächst bis zum 31.12.2026 befristet. Die Kofinanzierung erfolgt aus Mitteln des Integrationsfonds sowie des Fonds für Stadtteilkooperationen. Auf Grundlage der Erfahrungen soll geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen das Angebot auf weitere Stadtteile übertragen werden kann. Ein Zwischenbericht zum Pilotprojekt wird der Kommission für Integration am 15.10.2026 vorgelegt.
- Auch die dauerhafte Absicherung der Ressourcen des Sozialpädagogischen Fachdienstes des Sozialamts bleibt erforderlich. Die niedrigschwellige Beratung vor Ort leistet einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Mietschulden und Wohnungsverlust sowie zur frühzeitigen Weitervermittlung an andere Beratungsstellen. Hierzu bedarf es der Entfristung der befristeten Stelle beim SFD (VZ, S12) ab Ende 2027.

b) Gemeinwesenarbeit

Gemeinwesenarbeit fördert die aktive Einbindung der Bewohnerschaft, stärkt soziale Netzwerke und verbessert den Zusammenhalt im Quartier. Gerade in den beiden Quartieren fehlen derzeit noch dauerhaft tragfähige Strukturen, die sich um sozialen Zusammenhalt, Konfliktprävention und die Begleitung der Entwicklungsprozesse kümmern.

Erste Ansätze konnten inzwischen geschaffen werden:

- In der Wörnitzstraße unterstützt eine Mitarbeiterin des Stabs Sozialraumentwicklung im Sozialreferat die übergeordnete Quartiersarbeit in Röthenbach stundenweise; in Sündersbühl übernimmt die zuständige Stadtteilkoordinatorin kleinräumigere Aufgaben rund um die Fuggerstraße. Darüber hinaus wurde das Allparteiliche Konfliktmanagement zentral in die Steuerung der Prozesse in St. Leonhard und Sündersbühl eingebunden.
- In der Wörnitzstraße konnte eine drittmittelgeförderte Quartiersarbeit eingerichtet werden. Der AWO Kreisverband Nürnberg e. V. hat im Dezember 2025 bei der Stiftung Deutsches Hilfswerk erfolgreich einen Förderantrag für die Quartiersentwicklung gestellt. Das Projekt befindet sich derzeit in der Förderstufe 1 (Konzeptentwicklung) vom 1. Juni 2026 bis 31. Mai 2027. Das Quartierskonzept wird aktuell unter enger Beteiligung der Akteure vor Ort erarbeitet. Nach Abschluss der Konzeptphase ist die Bewerbung für die zweite Förderstufe vorgesehen.
- In der Fuggerstraße ist es bislang nicht gelungen, eine kleinräumige Gemeinwesenarbeit zu installieren. Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass geeignete Gewerbeflächen im Erdgeschoss der Wohnanlage zwar vorhanden, aber noch im Rohbau sind. Da sich die Flächen in privatem Eigentum befinden, hat die Stadt keine unmittelbaren Einflussmöglichkeiten auf die Vermietung. Die Verwaltung steht mit der Eigentümerin im Austausch und unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine sozialräumlich wünschenswerte Nutzung.

- Das Bildungsbüro der Stadt Nürnberg hat sich zusammen mit der Noris-Arbeit (NOA) gGmbH erfolgreich für eine Förderung im ESF-Bundesprogramm BIWAQ („Bildung. Wirtschaft, Arbeit im Quartier“) beworben. Ab Oktober 2026 sollen mit dem Projekt „ChiQ – Chancen im Quartier“ in St. Leonhard/Schweinau/Sündersbühl und Gibitzenhof gezielt Bildungs- und Beratungsangebote verankert werden, die auch dem Quartier rund um die Fugger-/Zweig-/Kollwitzstraße zugutekommen.

c) Sozialräumliche, stadtplanerische und förderrechtliche Maßnahmen und Prozesse
Die Stadt Nürnberg arbeitet an einer besseren Vernetzung der Verwaltungseinheiten, um Quartiersentwicklungen künftig integrierter steuern zu können. Dazu gehören Seismografentreffen, eine interdisziplinäre Steuerungsgruppe für St. Leonhard/Sündersbühl sowie die Weiterentwicklung der Steuerungsfragen des geförderten Wohnungsbaus.
Die Geschäftsbereiche Ref. V und 3. BM haben sich darauf verständigt, gemeinsam Prozesse, Standards und Datengrundlagen unter Beteiligung aller relevanten Akteure der Stadtverwaltung zu entwickeln. Dieser Prozess steht noch am Anfang.

3. Weiterer Handlungsbedarf und Ausblick

Trotz der schwierigen Haushaltslage hat die Verwaltung die beiden Quartiere systematisch in den Blick genommen, Handlungsbedarfe analysiert und notwendige Maßnahmen für eine nachhaltigere Quartiersentwicklung aufgezeigt. Erste Strukturen sind aufgebaut und wichtige erste Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Gleichzeitig wird deutlich, dass die bisherigen Schritte nur ein Anfang sein können. Für eine nachhaltige Stabilisierung und Entwicklung der Quartiere sind weitere Ressourcen insbesondere für die sozialen Regelangebote und Dienste erforderlich. Ohne zusätzliche Stellenschaffungen sind die mobilen Sprechstunden der Frühen Hilfen künftig nicht abgesichert. Aufsuchende Erziehungs- und Familienberatung sowie eine bedarfsgerechte aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit bleiben ebenso eingeschränkt. Auch die dringend benötigte Stärkung der Familienarbeit in der städtischen Kita in der Ossietzkystraße ist ohne Wiederaufnahme der Förderung als Ort für Familien nicht leistbar. Die dauerhafte Absicherung des Sozialpädagogischen Fachdienstes setzt zudem die Entfristung der betroffenen Stelle voraus. Für die Gemeinwesenarbeit und migrationsspezifische Beratungsangebote bestehen derzeit ebenfalls nur befristete Perspektiven aufgrund der Finanzierung über Drittmittel.

Beide Quartiere brauchen weitere gezielte Unterstützung, um bestehende Belastungen zu stabilisieren und positive Entwicklungen zu ermöglichen. Verwaltung und Politik müssen deshalb gemeinsam die Entwicklung in beiden Quartieren im Blick behalten und die notwendigen Prioritäten auch unter schwierigen Haushaltsbedingungen sichern. Die bereits angestoßenen Maßnahmen sollen 2027 hinsichtlich Nachfrage und Wirkung bewertet, bei Bedarf angepasst und – in Abhängigkeit von der Haushaltslage – weitere Schritte zum Ressourcenausbau priorisiert und zum Beschluss vorgelegt werden.